

HAMBURGER FORUM

RUNDBRIEF NR. 07/18

www.hamburgerforum.org



Liebe Friedensfreundinnen, liebe Friedensfreunde,

24. September 2018

etwa 500 Menschen demonstrierten am Antikriegstag in Hamburg für eine friedliche Welt und gegen die militaristischen Pläne der Regierung, Waffenexporte und Kriegsbeteiligung. Erstmals seit langem hatte auch der DGB Hamburg auf unsere Kundgebung hingewiesen. Auch die Veranstaltung des AK Frieden von ver.di am Abend war gut besucht. Dort referierte Werner Ruf über Kontinuitäten deutscher Außenpolitik. Werner Ruf hatte auch auf der Auftaktkundgebung unserer Demonstration gesprochen. Wir dokumentieren seine Rede weiter unten im Rundbrief.

Am Tag drauf beteiligten sich über 16.000 Menschen an der Großdemonstration der Seebrücke. Sie protestierten dagegen, dass Jahr für Jahr Tausende von Flüchtlingen im Mittelmeer ertrinken, und forderten, dass sie hier Aufnahme finden müssen. Auch an dieser Demonstration haben wir uns beteiligt und auf den Zusammenhang von Krieg und Flucht hingewiesen.

Mittlerweile hat sich auch ein Arbeitskreis Frieden und Demokratie beim DGB Hamburg gegründet, dem bislang Mitglieder aus vier Einzelgewerkschaften angehören. Wir hoffen auf eine gute Zusammenarbeit.



Für Freitag, den 2. November, von 17 bis 19 Uhr wird im Rahmen der bundesweiten Aktionstage der Kampagne „Abrüsten statt aufrüsten“ parallel zu den Haushaltsberatungen im Bundestag eine gemeinsame Kundgebung vorbereitet. Weitere Infos werden folgen, aber merkt euch schon mal das Datum vor. Zunächst aber steht am kommenden Wochenende die bundesweite Welcome-united-Parade in Hamburg an, an der wir uns mit einem Friedensblock beteiligen werden. Dazu treffen wir uns schon um **11.30 Uhr an der Reesendammbücke** bei unserer allseits bekannten Skulptur:

Demonstration, 29.9.2018: We'll come united Samstag ● 12 Uhr ● Rathausmarkt

Der Aufruf zu dieser antirassistischen Demonstration wird von uns unterstützt. Ihr findet ihn ebenfalls weiter unten im Rundbrief. Weitere Infos findet ihr im Internet unter www.welcome-united.org/de/.

Vergleicht man die Zahlen der Beteiligten an den antirassistischen Aktionen und denen der Friedensbewegung, zeigt sich, dass wir noch erheblich an unserer Mobilisierungsfähigkeit arbeiten müssen. Erfolgreich im Sinne von tatsächlichen politischen Veränderungen hin zu einer menschlicheren und friedlichen Welt sind bislang beide Bewegungen nicht. Es zeigt sich im Gegenteil, dass rechtsradikales Gedankengut auch in der Regierung und im Staatsapparat vertreten ist. Wir werden nicht müde werden, für eine bessere Welt einzutreten.

Ein Beispiel für lokales Engagement (und die Mühen der Ebene) sind die Auseinandersetzungen um das Kriegerdenkmal in Bramfeld, zu dem wir euch einen Sachstandsbericht liefern – mit der Möglichkeit, sich einzuklinken (Seite 4).

Wer sich noch stärker engagieren möchte, sei auch auf unsere Sitzungen hingewiesen:

Dienstag, 2.+16.10. ● 18.00 Uhr ● Curio-Haus ● Rothenbaumchaussee 15

Wer mitarbeiten möchte oder Anfragen und Anregungen hat, melde sich bitte bei uns (Adresse unten).

Mit pazifistisch-antimilitaristischen Grüßen

Markus Gunkel

Rede von Werner Ruf am Antikriegstag Für eine bessere Gesellschaft und eine friedlichere Welt

Zum hundertsten Mal jährt sich in diesem Jahr das Ende des 1. Weltkriegs. Millionen von Menschen fielen ihm zum Opfer: Zerfetzt, vergast, lebendig begraben: Europa war ein Trümmerfeld, Hunderttausende zwangsrekrutierte Soldaten aus den Kolonien waren als Kanonenfutter hingemetzelt – wofür?

Am 1. September 1939, vor 79 Jahren, überfiel die Nazi-Wehrmacht Polen und begann den 2. Weltkrieg, dem etwa 40 Mio. Menschen zum Opfer fielen – erstmalig in der Kriegsgeschichte waren über 80 % der Toten, die Verstümmelten gar nicht gerechnet, Zivilisten: Frauen, Kinder, Greise. Ermöglicht wurde das durch die industrielle Entwicklung von Massenmordmaschinen: Panzer, Kriegsschiffe, Flugzeuge, Bomben. Wen trafen diese Kriege? Nicht die, die die Massenvernichtungswaffen entwickelt hatten und an ihrer Produktion verdienten! Nein, sie trafen die Menschen, die bei Massenerschießungen im Osten, im Bombenhagel über den Städten, auf Flüchtlingstrecks und beim ersten Einsatz der Atombombe zu Millionen ermordet wurden.

Zwei Mal hatte Deutschland diese massenmörderischen Kriege entfesselt. Und an diesem 1. September müssen wir feststellen: Deutschland ist wieder an vorderster Front beteiligt, wenn behauptet wird, Militär könne Konflikte lösen, wenn Spannungen mit unserem wichtigsten östlichen Nachbarn ausgelöst und immer weiter eskaliert werden.

- Die Bundeswehr ist derzeit in 16 Auslandseinsätzen unterwegs und ist dabei in längst verlorene Kriege wie in Afghanistan und Mali verwickelt.

- Deutschland ist der drittgrößte Exporteur von Kriegsmaterial und für die Tötung Tausender Menschen mitverantwortlich.

- Deutschland weigert sich, dem von über 120 Staaten in der UN-Generalversammlung beschlossenen Vertrag über ein weltweites Atomwaffenverbot beizutreten – WARUM?

- Deutschland will in den nächsten sechs Jahren seinen Rüstungshaushalt von derzeit 34 Mrd. € auf 70 Mrd. € erhöhen. Je nach Entwicklung des BSP könnten die angestrebten 2 % für Rüstungsausgaben sogar 80 Mrd. € erreichen – nahezu eine Verdoppelung der bisherigen Militärausgaben.

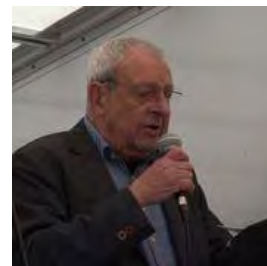
- Deutschland ist zum Aufmarschgebiet gegen Russland geworden: Seit einigen Wochen rollen tausende Kriegsfahrzeuge gen Osten an die russischen Grenzen in Polen, Norwegen, in den baltischen Staaten. Von den insgesamt 40.000 Soldatinnen und Soldaten kommen 12.000 aus Deutschland – drei Mal mehr als an den Manövern im Vorjahr! Deutschland ist bei diesen Unternehmungen der größte Truppensteller! Hinzu kommen die permanenten großangelegten Luft- und Seemanöver der NATO in der nördlichen Ostsee. Da in der Helsinki-Schlussakte am Ende des Kalten Krieges vereinbart wurde, dass die NATO in diesem Raum keine dauerhafte Truppenstationierung vornehmen werde, werden die NATO-Einheiten alle sechs Monate ausgetauscht. Es wird offen erklärt, dass dieser dauerhafte Aufmarsch der Abschreckung Russlands dienen soll. Was ist gemeint mit „Abschreckung“? Was wäre, wenn Russland diesen Begriff verwenden würde?

Fragen wir uns: Wer bedroht wen? Wie sehen die Zahlen aus? Der russische Militärhaushalt beträgt derzeit 66,3 Mrd. US \$, er wurde gegenüber dem Vorjahr um 20 % gekürzt. Kann und will man dieses Signal aus Moskau nicht verstehen? Nein! Es wird frenetisch aufgerüstet! Der Militärhaushalt der NATO beläuft sich erstmalig auf 1.013 Mrd. \$. Das ist mehr als die Hälfte aller Rüstungsausgaben weltweit! Allein die USA planen im nächsten Jahr Rüstungsausgaben von 630 Mrd. \$. Und wenn der Militärhaushalt Deutschlands in sechs Jahren die magische 2%-Zahl erreicht haben sollte, läge allein er mit 70 bis 80 Mrd. \$ weit über dem derzeitigen russischen! (Zahlen nach SIPRI).

Und: Die NATO, die während des Kalten Krieges 16 Mitgliedsstaaten zählte, ist auf 29 Mitglieder angewachsen, fast alle früher Mitglieder der WVO. Schritt für Schritt rückt sie an die russischen Grenzen vor.

Wer mag glauben, dass der Aufbau dieser Drohkulisse dem Frieden dienen soll?

Bestenfalls wird er ein weiteres gigantisches Wettrennen einleiten und Unsummen von Geld verschlingen! Schlimmstenfalls wird er dazu führen, dass Krieg dank der enormen westlichen Überlegenheit wieder als führbar – und gewinnbar – erscheint. Darauf deuten die im Gang befindliche Umrüstung der US-amerikanischen Atomwaffen und der Ausbau der Raketenabwehrsysteme: Die Atomwaffen sollen, wie es die neue *nuclear posture review* vorsieht, auf „kleine“ Bomben vom Hiroshima-Format umgerüstet werden, so dass sie als Gefechtsfeldwaffen eingesetzt werden können! Wenn diese Systeme funktionieren, wie ihre Protagonisten behaupten, werden sie in der Lage sein, die Zweitschlagsfähigkeit des Gegners zu verhindern und wir befinden uns in einer ähnlichen Situation wie zu Beginn der 80er Jahre, als der Westen glaubte, mit Hilfe der Pershing-II-Raketen und der Cruise Missiles einen vernichtenden





Erstschlag führen zu können. Ich frage: Was wird damit bezweckt? Die Antwort kann nur lauten: Die Führbarkeit des Krieges unter Einschluss von Atomwaffen!

An dieser Stelle müssen wir uns fragen, warum Deutschland jenen auf Initiative des EU-Mitglieds Österreich erarbeiteten Plan der UN-Generalversammlung zum Verbot der Atomwaffen nicht unterzeichnen will! Deutsche Regierungen haben es geschafft, durch die Stationierung US-amerikanischer Atomwaffen auf deutschem Boden, in Büchel, eine „atomare Teilhabe“ zu erringen. Die will man nicht aufgeben, nein, man will sie offensichtlich ausbauen! Es kann kein Zufall sein, dass in jüngster Zeit allenthalben die Argumente sprießen, dass Deutschland, als Großmacht, die es ja nun ist, auch selbständig über Atomwaffen verfügen müsse. Dies ist nachzulesen sowohl in der FAZ wie in einem vom Vorsitzenden der Münchner „Sicherheitskonferenz“ herausgegebenen Prachtband mit dem schönen Titel „Deutschlands NEUE Verantwortung“, wo prominente Vordenker der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik solche Gedankenspiele veranstalten.

Nach den beiden vernichtenden Niederlagen in den beiden Weltkriegen gab es unter den Überlebenden in Deutschland einen Konsens: **Nie wieder Krieg von deutschem Boden** und **Nie wieder Krieg – nie wieder Faschismus!**

Es ist wohl kaum ein Zufall, dass in dieser Situation, in der weitere zweistellige Milliardensummen für Militär und Rüstung ausgegeben werden sollen, in der Millionen Menschen in prekären Beschäftigungsver-

hältnissen um ihre Existenz und vor allem ihre Alterssicherung bangen, nun auch noch die Einführung eines sogenannten Sozialjahres in die Debatte eingeführt wird, die fatal an den Arbeitsdienst und das Pflichtjahr für Mädchen der Nazis erinnern: Noch mehr unbezahlte Arbeit für die Menschen – noch mehr Gewinne für die Rüstungskonzerne und den Aufstieg Deutschlands zur Großmacht?!

Der DGB hat in seinem diesjährigen Aufruf zum Antikriegstag eindeutig und klar die Gefahren benannt, die durch die aktuelle Politik heraufbeschworen werden. Er hat zu Recht darauf verwiesen,

- dass Frieden, Demokratie und Freiheit untrennbar miteinander verbunden sind,
- dass die Kriegsgefahr so groß ist wie seit

1989 nicht mehr,

- dass wir uns mitten in einem neuen nuklearen Wettrüsten befinden,
- dass Militär die Probleme der globalisierten Weltgesellschaft nicht zu lösen vermag,
- dass die neue Aufrüstung jene Milliarden verschlingt, die zur Lösung der sozialen, kulturellen, ökologischen Probleme unserer Gesellschaft dringend benötigt werden,
- dass Waffenexporte stärker und besser kontrolliert – ich würde sagen: grundsätzlich abgeschafft – werden müssen.
- Und er hat dazu aufgerufen, die friedenspolitische Initiative „Abrüsten statt Aufrüsten“ zu unterstützen.

Diese Initiative wird inzwischen von mehr als 85.000 Menschen unterstützt. Sie fordert: Militärische Aufrüstung stoppen, Spannungen abbauen, gegenseitiges Vertrauen aufbauen, Perspektiven für Entwicklung und soziale Sicherheit schaffen, Entspannungspolitik auch mit Russland, verhandeln und abrüsten.

Noch immer ist die überwiegende Mehrheit der Deutschen gegen Krieg, Auslandseinsätze und weitere Hochrüstung. Unterstützen wir – mit dem DGB – diese Initiative – für eine bessere Gesellschaft und eine friedlichere Welt – für unser aller Sicherheit!



Diese Rede von Werner Ruf findet ihr mit zusätzlichen Quellenangaben auch auf unserer Internetseite:

<http://www.hamburgerforum.org/>

Nimmt das Bramfelder Kriegerdenkmal neue Gestalt an oder ruft es weiter zum Krieg auf?

Seit 1935 ist das Kriegerdenkmal mit seiner kriegsverherrlichenden Ausstrahlung unverändert. Es ist an der Zeit, dass der Platz einen friedlichen Charakter bekommt und ein Platz für Frieden und Völkerverständigung wird.

Es ist zu begrüßen, dass die Bezirksversammlung Wandsbek der Forderung des Bramfelder Arbeitskreises Denkmal zur Umgestaltung des Bramfelder Kriegerdenkmals im Mai 2016 nachgegeben und einen Beschluss dazu gefasst hat. Dieser Erfolg wurde möglich durch die vielfältigen Aktionen des Bramfelder Arbeitskreises, die Eingaben an die Bezirksversammlung und den Regionalausschuss, die öffentlichen Veranstaltungen und die Unterstützung der Stadteilkonferenz Bramfeld. Ende März 2018 gab es eine Öffentliche Ausschreibung zur Umgestaltung des Denkmals durch die Bezirksverwaltung Wandsbek. Das Interesse an der Ausschreibung zur Umgestaltung war in der Bramfelder Bevölkerung und bei Künstlern rege. Es haben 17 KünstlerInnen ihre Vorschläge eingereicht. Dies unterstreicht, dass neben Initiativen, Parteien und Verbänden auch Einzelpersonen mit der aktuellen Situation unzufrieden sind und sich auch kreative Gedanken machen, wie dieser Platz sinnvoller gestaltet werden kann.

Jetzt sollte auch die Bevölkerung in Bramfeld und Steilshoop die Möglichkeit bekommen, die eingereichten Wettbewerbsvorschläge anzusehen, um sich an der Diskussion zur Umgestaltung des Denkmals aktiv beteiligen zu können. Es ist zu fragen, was die BV Wandsbek

dafür tut, dass sich die Bramfelder und Steilshooper Öffentlichkeit an den Entscheidungen beteiligen kann.

Dem Vernehmen nach plant die Bezirksversammlung die Präsentation der Wettbewerbsbeiträge im Wandsbeker Rathaus. Warum soll es keine Präsentation vor Ort in Bramfeld und Steilshoop geben? Selbstverständlich sollten alle eingereichten Vorschläge der Öffentlichkeit vorgestellt werden, so wie es auch von der Stadteilkonferenz Bramfeld einstimmig auf ihrer letzten Sitzung gefordert wurde.

Der Anfang für eine demokratische Umgestaltung ist gemacht. Jetzt hofft der Arbeitskreis auf eine gute Auswahl unter Beteiligung der Bramfelder und Steilshooper Bevölkerung sowie eine erfolgreiche Umsetzung der Umgestaltung vom Kriegerdenkmal zum Friedensmahnmal.

Wenn Sie das Bestreben des AK Denkmal unterstützen wollen, sollten Sie in der Bezirksversammlung Wandsbek oder im Regionalausschuss Bramfeld/Steilshoop/Farmsen/Berne Anfragen dazu starten, um eine breitere und demokratische Beteiligung an den Umgestaltungsprozessen zu befördern.

Der Regionalausschuss Bramfeld/Steilshoop/Farmsen/Berne tagt am Do, 1.11. und 6.12., jeweils um 18 h im Sitzungssaal Bramfeld. Die BV Wandsbek tagt am Do, 18.10., 15.11. und 13.12., jeweils um 18 h im Bürgersaal Wandsbek.

Thea Rann



Faschistisches Kriegerdenkmal in Bramfeld (Foto: AK Denk-mal)

29. September, 12 Uhr, Rathausmarkt, Antirassistische Parade in Hamburg **United against Racism**

GEGEN ABSCHIEBUNG, AUSGRENZUNG UND RECHTE HETZE – FÜR BEWEGUNGSFREIHEIT UND GLEICHE RECHTE FÜR ALLE!

Der 29. September 2018 ist schon jetzt der schönste Tag des Jahres. Er wird unser Tag. Wir sind viele, wir sind verschieden und wir kämpfen jeden Tag vor unserer Haustür. Im September kommen wir alle zusammen. Wir kommen nach Hamburg, mit Autos, Zügen und Bussen. Aus Dörfern und Städten, aus Lagern und Camps, von Willkommensinitiativen und Hilfsorganisationen, von Baustellen, Schulen und Unis. Mit Lautsprecherwägen, Performances, Texten, Musik und Karneval verjagen wir die Kälte, den Rassismus, die Herzlosigkeit aus den Straßen der Stadt. Gemeinsam zeichnen wir ein Bild auf der Straße: das Bild unserer Freundschaft, das Bild eines solidarischen, vielfältigen und angstfreien Lebens. Wenn wir uns bewegen, bewegt sich die Welt!

Gegen die Lügen!

Die Geschichten, die uns jeden Tag verkündet werden, sind nicht zu ertragen. Sie sind eine Beleidigung und sie sind gelogen. Es wird gesagt, das Problem sind Geflüchtete, während sie im Mittelmeer ertrinken. Es wird gesagt, dass die Grenzen der Integrationsfähigkeit erreicht sind, während ein rassistischer Mob völlig ungeniert im Bundestag und auf der Straße tobt. Es wird ausgerechnet, dass die „Kosten der Integration“ steigen, während uns Sprachkurse und Arbeit verweigert und Unsummen für Abschiebebürokratie und Schikanen ausgegeben werden. Es wird von Gewalt geredet – und währenddessen werden Kinder aus ihren Betten und Schulklassen entführt, um sie in völlig fremde Länder abzuschieben.

Es ist leicht uns zu beschimpfen und auszuschließen, denn viele von uns sind sowieso ganz unten. Wir sind vor Krieg, Hunger, Armut und Elend geflohen. Viele von uns kamen, weil der globale Kapitalismus unsere Leben zerstört hat. Unsere Familien dürfen nicht kommen, weil unsere Liebe und unsere Sehnsucht hier nichts bedeuten. Die Regierung will die Grenzen schließen und uns in neue Lager stecken. Wir wollen ganz sicher kein Mitleid, wir sind Menschen, keine Opfer. Aber wir sagen: Hier zeigt sich, wie demokratisch diese Demokratie ist. Nicht die Boote auf dem Mittelmeer sind eine Gefahr für uns alle, sondern der in ganz Europa tobende und mordende Rassismus.

Das Problem heißt Rassismus!

Im Jahr 2017 sind über 3.000 Menschen auf dem Mittelmeer gestorben oder verschwunden, weil sie Europa erreichen wollten. Ihr Tod war nur eine Kurznachricht wert. Die Namen der Toten bleiben ungenannt. In Deutschland wurden im gleichen Zeitraum 2.200 Angriffe auf Unterkünfte von Geflüchteten gezählt. 180 Mal wurden solidarische Helfer*innen angegriffen. 950 Mal traf es Muslime

und muslimische Einrichtungen. 1.453 antisemitische Straftaten wurden registriert. Über 5,5 Millionen Wahlberechtigte wählten bei der letzten Bundestagswahl die offen rassistische AfD. Und wir haben den NSU noch lange nicht vergessen, der jahrelang unbehelligt morden konnte.

Daran denken wir, wenn gesagt wird, Deutschland werde immer gefährlicher. Denn mal ehrlich: Wer sitzt in den Unterkünften und hört, wenn nachts die Scheiben klirren? Wer wird auf der Ausländerbehörde schikaniert? Wer wird in illegalen Jobs und in unbezahlten Praktika ausgebeutet? Wer putzt die Teller, die Toiletten und die Eigenheime? Wer lebt und arbeitet seit Jahrzehnten hier und bleibt doch immer nur „Gast“? Nein, für uns geht keine heile Welt unter, weil die AfD jetzt mit 13 % im Bundestag sitzt.



Der Treffpunkt für den Friedensblock ist um 11.30 Uhr an der Reesendammbücke bei der Skulptur – hier im Einsatz auf dem Wutzrock-Festival.



Die Wahrheit geht anders!

Wir stehen jetzt auf. Erneut und nicht zum letzten Mal. Gegen diesen rassistischen Irrsinn, gegen diese verdrehte Welt, gegen diese herzlose Heimat, gegen die eingemauerte Gemeinschaft, gegen die Politik der Ausgrenzung. Wir trennen uns nicht und lassen uns nicht spalten. Ob „Deutscher“ oder „Ausländer“, ob „Flüchtling“ oder „Sachse“, ob aus Dortmund oder Damaskus, ob aus Afrin oder Athen, ob aus Kabul oder Kassel: Das ist uns schon lange egal. Es geht um uns alle. Es geht darum, wie und in welcher Gesellschaft wir miteinander leben wollen.

Wir haben längst angefangen, eine andere Welt zu bauen. Wir haben bei uns begonnen. Unsere Türen stehen offen. Egal woher wir kommen, wir kennen einander, wir haben unsere Telefonnummern, wir sind lebendige Anlaufstellen, sind alle längst Expert*innen und Freund*innen geworden. Mit jeder gemeinsam erledigten Aufgabe und durch gegenseitige Hilfe sammeln wir neue Stärke. Ob bei der Behörde, auf dem Rettungsboot im Mittel-

meer, beim Jobcenter, bei der Wohnungsbesichtigung oder in der Schule. Wir werden nicht aufhören, alte und neue Machtstrukturen und das weltweite System des Kolonialismus zu bekämpfen. Wir verteidigen unsere Körper und unsere Würde – gegen Sexismus, Rassismus und jede Art von Gewalt!

Grenzen einreißen!

Was wir miteinander erleben, ist wichtig und groß. „Welcome United“ in Berlin im September 2017 war ein Fest und ein Anfang. Wir haben für unsere Stimme und unsere Rechte demonstriert, aber viel wichtiger noch – wir haben uns selbst neu gefunden:

Wer und wie viele wir sein können. Und wir haben gezeigt, dass wir Städte und Viertel, unsere Freund*innen und Nachbarn, Grenzen und Horizonte bewegen können. Lasst uns weitermachen und neu beginnen. Keine Angst mehr. Keine Schreckstarre. Kein Alleinsein. Keine Unterwürfigkeit. Wir gehen auf die Straße, weil wir eine Zukunft wollen. Eine Zukunft für alle.

Darum wollen wir uns wieder versammeln: zu einer großen Parade des Antirassismus und der Solidarität in Hamburg. Es mag die Zeit des Egoismus, der Kälte und des Rassismus sein. Es mag schönere Zeiten geben, aber diese ist unsere. Das, was jetzt passieren muss, hat längst begonnen. Wir sind viele – und viel mehr, als wir denken.

Wir rufen auf zur bundesweiten Demonstration am 29. September in Hamburg.

**Kommt alle zur Parade für Teilhabe, gleiche Rechte und Solidarität
We'll Come United!**



Soweit nicht anders angegeben, wurden die Fotos in dieser Ausgabe uns von Colin zur Verfügung gestellt und entstanden bei der Antikriegstagsdemonstration am 1. September in Hamburg